

CHRONIK DER ZEIT

Hohes Spiel um Deutschlands Einheit

In der letzten politischen Chronik wurde gesagt, daß die Mehrzahl der Franzosen den Standpunkt vertritt: das bewaffnete Deutschland nur, wenn es geteilt bleibt; das einige Deutschland nur, wenn es unbewaffnet ist. Die sowjetische Haltung schien lange ähnlich zu sein und den Deutschen die Einheit gegen den Verzicht auf die Rüstung zu versprechen. Jetzt hat die Sowjetunion einen neuen Plan vorgelegt, und dieser Plan läßt sich umschreiben: Das ganze Deutschland in Waffen und das bewaffnete Deutschland geeint.

Der sowjetische Plan sieht vor, daß dem wiederhergestellten Deutschland nationale Streitkräfte zu gestatten seien (ohne daß der allerdings summarische Entwurf irgendwie von Einschränkungen und Begrenzungen spräche). Mit dem wiedervereinten Deutschland soll ein Friedensvertrag abgeschlossen werden. Zu diesem Zwecke solle sogleich eine deutsche Regierung gebildet werden. Von Wahlen ist nicht die Rede, und Moskau stellt sich die Einsetzung einer deutschen Regierung offenkundig so vor, daß der sowjetische Löffel mit Sicherheit in der deutschen Suppe bleibt. Dieses Deutschland soll nahezu souverän sein. Die Beschränkungen seiner Friedensindustrie sollen fallen. Es soll eine Rüstungsindustrie haben, soweit sie für die eigenen nationalen Streitkräfte notwendig sei. (Damit will Moskau ausschließen, daß das Ruhrgebiet für die westliche Rüstung arbeitet.) Die Besatzungsmächte sollen abziehen, so daß jedes Besatzungsstatut hinfällig wird. Dem deutschen Volk solle nur verboten werden, sich an ein Bündnis anzuschließen, das gegen eine der Mächte gerichtet ist, die gegen Deutschland im zweiten Weltkrieg gekämpft haben. Der Kreml will natürlich damit nur sagen: ein Bündnis, das gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Die Sowjetunion aber hat bisher laut und vernehmlich erklärt, welche internationalen Abmachungen nach ihrer Auffassung gegen die UdSSR gerichtet sind: Marshallplan, Westliche Union, Atlantikpakt, Schumanplan. Deutschlands Grenzen sollen nach dem sowjetischen Vorschlag die sein, die im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden.

Die Frage Deutschland ist also wieder gestellt, die Frage der Fragen Europas. Sie hat für den Politiker, den Wirtschafts- und Sozialpolitiker, den Gewerkschafter die gleiche Bedeutung wie für den Baumeister die

Überlegung, auf welchem Grunde er sein Haus bauen will. Sie alle wären eine fast erdrückende Hypothek los, wenn ein einiges Deutschland so begründet werden könnte, daß es Teil und Schlußstein einer dauerhaften internationalen Entspannung wäre.

Deutsche Aufrüstung lieber mit uns als gegen uns

Deutet die sowjetische Note auf eine solche Lösung hin? Der Vorschlag eines bewaffneten neutralisierten Gesamtdeutschlands ist fast witzig zu nennen. Wenn ihr die Deutschen unbedingt bewaffnen wollt — so sagt es ungefähr die sowjetische Note —, dann wollen wir nicht nein sagen; dann sollt ihr eure deutschen Soldaten haben. Nun schlugen aber bisher die Westmächte die Bewaffnung der Bundesrepublik nicht aus Liebe zu einem deutschen Militär vor — vor dem es sie noch immer schüttelt —, sondern um Soldaten zu bekommen, die für den Westen kämpfen. Was sollen ihm sonst deutsche Soldaten? Der Kreml aber glaubt ziemlich sicher, daß er mit einem militarisierten und nationalistisch erregten Deutschland sehr wohl „ins Geschäft kommen könne“. Er hat es immer gekonnt. Im Zeitalter des Atomkrieges aber ist eine deutsche Streitmacht von irgendwelcher Bedeutung nicht ohne finanzielle, technische und militärische Unterstützung durch die Weltmächte aufzubauen. Ein Deutschland, dem die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Korsettstangen genommen wären, könnte gerade noch bessere Schützenvereine aufstellen. Die UdSSR würde die Hilfe für den Aufbau eines deutschen Heeres nicht versagen. Die rote Armee hat sich auch der Reichswehr nicht versagt.

Der Kreml hat es also mit seinem Vorschlag nicht auf ein beruhigtes Deutschland abgesehen, sondern auf ein Deutschland als einen Herd der dynamischen Unruhe und Gärung in Europa. Moskau hat wiederum etwas ganz Überraschendes getan. Ein Jahr lang lief die Propagandawalze gegen den deutschen Militarismus. Die deutsche Aufrüstung, das ist der Krieg, so wurde allenthalben verkündet. Nun heißt es: Wenn wir die deutsche Aufrüstung nicht verhindern können, so soll sie wenigstens nicht gegen, sondern mit uns geschehen. Sollen die französischen Kommunisten damit fertig werden, ihren Anhängern zu erklären, warum sie heute für den „deutschen Militarismus“ sind und gestern gegen ihn waren.

Burgund oder Hinterpommern

Es ist darum auch nicht sehr wahrscheinlich, daß Moskau bereit ist, die Oder-Neiße-Linie zur Diskussion zu stellen. Man sagt in der sowjetischen Flüsterpropaganda den deutschen Nationalisten schon seit Jahren, daß Deutschland sich eben Kompensationen im Westen suchen müsse. „Glauben Sie nicht“, so soll ein sowjetischer Verbindungsoffizier einem deutschen Nationalisten gesagt haben, „daß man in Burgund besser lebt als in Hinterpommern?“ Man sollte daher nicht aus der sowjetischen Note herauslesen, daß sich die Sowjetunion nicht mehr unbedingt an der Oder-Neiße-Linie festlegt. Wenn man das tut, beweist man nur, daß man die diplomatischen Noten nicht zu lesen versteht. Man erklärt, daß in Potsdam deutsche Grenzen überhaupt nicht festgelegt worden wären; also wäre die sowjetische Erklärung über die deutschen Grenzen „weich“ gehalten. Moskau aber ist der Auffassung, daß die deutschen Grenzen — vorbehaltlich einiger Detailkorrekturen — in Potsdam festgelegt worden sind. Die Moskauer Regierung hätte ja ohne Schwierigkeit von „den deutschen Grenzen von 1937“ reden können, die oft genug in den Beschlüssen des Kontrollrates vorkommen und von denen auch in dem Potsdamer Abkommen sonst die Rede ist. In Äußerungen von Bonner Stellen ist zu lesen, daß in den Potsdamer Abmachungen „überhaupt nichts“ über die Grenzen Deutschlands festgelegt worden sei. Immerhin bestätigen sie die Aussiedlung von zehn Millionen Deutschen aus dem deutschen Osten. „Überhaupt nichts?“ Es kann daher auch bezweifelt werden, ob es eine sehr kluge Taktik ist, das Gespräch über die deutsche Einheit im Augenblick mit der Frage über die Oder-Neiße-Linie zu koppeln. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit bis zur Oder wäre auch schon etwas! Es wäre zur Not denkbar, daß die Sowjetregierung ihre Truppen und ihre Verwaltung aus der Sowjetzone abzieht. Aber es ist eigentlich nicht denkbar, daß die Sowjetregierung sich in gegenwärtiger Stunde bereit findet, die Millionen Polen aus den neuerworbenen Gebieten wieder auszusiedeln und einen neuen territorialen Umsturz in Osteuropa vorzubereiten. Es wäre gut, das Mögliche nicht dadurch zu gefährden, daß man das Unmögliche fordert — wie immer man darüber denkt, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt.

Moskau ist wichtiger als Reykjavik

Man sollte sich auch einmal darüber klar werden, daß in der Frage der deutschen Einheit nichts ohne die Zustimmung der Sowjetunion möglich ist. Kein Beschluß der UNO, keine noch so universale UNO-Kom-

mission, keine Entschließung der Westmächte, keine Erklärung der Bundesregierung, keine noch so unanfechtbare Erklärung politischer Prinzipien können in der Sache der deutschen Wiedervereinigung etwas bewirken, wenn die Sowjetunion nicht will (oder wenn andererseits die Vereinigten Staaten nicht wollen). Nur wenn die vier Besatzungsmächte — mehr oder weniger freiwillig — ihre Zustimmung geben, kann die deutsche Einheit zustande kommen. Veranstaltungen in der Frage der deutschen Einheit, die eindeutig gegen den Willen des Kreml geschehen, führen zu gar nichts. Um das ganze Deutschland herzustellen braucht man die eine Hälfte, die Moskau in seiner Hand hält. Und umsonst wird Moskau sie nicht herausgegeben. Das ist besonders klar geworden an dem Schicksal der Kommission, die von der UNO nach Deutschland entsandt wurde, um die Möglichkeit freier deutscher Wahlen zu prüfen. Diese Kommission ist in Bonn warm begrüßt worden und wartete daran vergeblich an der Grenze der Sowjetzone, um eingelassen zu werden. Die Vertreter von Pakistan, Island, Brasilien und Holland konnten feststellen, daß sie in der Bundesrepublik herzlich empfangen wurden und daß in Westdeutschland die Freiheit regiert. Sie mußten erfahren, daß diese Freiheit der Sowjetzone fehlt. Aber mußte das noch groß bewiesen werden? . Leider wird die deutsche Frage nicht durch die Ansichten der Staatsoberhäupter von Pakistan, Island, Holland und Brasilien entschieden, sondern allein durch die Machthaber in der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und ein wenig auch Frankreichs und Englands.

„Nicht durch Reden und Parlamentsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden“, sondern — wir wollen hoffen — nicht, gerade durch Blut und Eisen, aber doch durch eiskalte und nüchterne Verhandlungen: „Zug um Zug, bar um bar.“

Die Frage der deutschen Einheit webt das Gewebe unseres Lebens, unseres politischen, unseres wirtschaftlichen, unseres sozialen und unseres volksmäßigen Daseins. Es wäre eine große Wende, wenn es eines Tages wieder eine deutsche Regierung, im wahren Sinne des Wortes, eine deutsche Politik, deutsche Parteien und deutsche Gewerkschaften gäbe. Vergessen wir aber nie, daß die großen Dinge in der Welt einen großen Preis haben — einen Preis an Opfern und auch an Gefahren.

Zankapfel Saar

Das soziale und wirtschaftliche Gewebe Deutschlands und Europas wird zweifels- ohne in einem hohen Maße durch die Saarfrage bestimmt. Die Saar regiert über das

wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich. Deutschland hat ohne und mit Saar eine andere wirtschaftliche und soziale Leistungskraft. Die Macht der Gewerkschaften und der sozial interessierten Parteien ist ohne die Saararbeiterschaft eine andere.

Die Saarfrage fängt min an, sich, zu einem großen europäischen Unglück zu entwickeln. Frankreich ist der Meinung in fast all seinen Parteien und Schichten und Ständen, daß ohne die Einbeziehung der Saarwirtschaft in die französische Wirtschaft das ökonomische und industrielle Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland zu sehr gestört wäre und daß Frankreichs Wirtschaft ohne die Saargruben im Schumanplan und sonst der deutschen Wirtschaft kein ausreichendes Gegengewicht entgegenzustellen hätte. Die Saar sichere — das ist das große Argument in der französischen Öffentlichkeit — auch schon der Bundesrepublik — von dem geeinten Deutschland zu schweigen — das industrielle und ökonomische Übergewicht in Westeuropa. Dem Deutschen, der sich in Paris aufhält, wird von sachkundiger und wohlwollender Stelle gesagt: Wenn in Frankreich darüber abgestimmt würde, ob das Saargebiet französisch werden sollte, dann würden 90 vH. Franzosen dagegen stimmen. Wenn aber darüber abgestimmt werden würde, ob die Saarwirtschaft der französischen Wirtschaft angegliedert sein soll, dann würden 90 vH. der Franzosen dafür stimmen. Das sind Argumente und Gesichtspunkte, an denen man nicht vorüber kann. Die Mehrzahl der Franzosen hegt die gleichzeitig leidenschaftliche und klar bewußte Überzeugung, daß die europäische Stellung Frankreichs ohne die Saar etwas durchaus Fragwürdiges sei. Was sich andererseits an Bestrebungen in Frankreich zeigt — so viel Unfug auch in dieser Hinsicht gemacht wird —, den deutschen Charakter des Saargebiets zu ändern, ist unerheblich. Es wird zugegeben und muß auch von deutscher Seite zugegeben werden, daß die wirtschaftliche Union und die Integration der Saarwirtschaft mit der französischen ohne eine gewisse politische und staatliche Angliederung außerordentlich schwierig ist. Währungs- und Zollgrenzen haben in aller Geschichte in den modernen Zeiten eine sehr schmerzliche politische Bedeutung erlangt.

Die Saarfrage war von vornherein dadurch verfahren, daß Frankreich das Saarproblem ohne die Zustimmung und die Beteiligung Deutschlands regeln wollte. Frankreich hat bis in die allerjüngste Zeit hinein die Politik der vollzogenen Tatsachen betrieben und ist auch jetzt noch nicht völlig von dieser Politik abgegangen. Das bedeutet gleichzeitig eine Verletzung des

sonst allgemein vertretenen Grundsatzes, daß die deutschen Grenzen erst im Friedensvertrag endgültig festgelegt werden dürfen. Sicherlich können nicht alle Dinge bis auf den Friedensvertrag warten, aber dann muß eben eine Regelung durch Verhandlung und Vertrag erfolgen.

Die Wacht an der Saar

Die Saarfrage hat jüngst durch demonstrative Handlungen auf beiden Seiten eine ziemliche Verschärfung erfahren. Frankreich hat einen Botschafter, den General Grandval, im Saargebiet bestellt und dadurch beinahe kriegerisch die politische Abtrennung der Saar unterstrichen. Grandval ist in seiner Rede so weit gegangen zu behaupten, daß Frankreich im Saargebiet Europa und die Welt gegen den deutschen Imperialismus und gegen das Alldeutschum verteidige. Ein Parteiengesetz, das die Saarregierung erlassen hat, will nur solche Parteien zulassen, die sich auf den gegenwärtigen politischen Zustand der Saar festlegen. Die Bundesregierung hatte eine Klage vor dem Europarat eingeleitet, sie aber wieder zurückgezogen, als dann der Bundeskanzler sich mit dem französischen Außenminister auf direkte Verhandlungen zwischen den drei Partnern einigte. Bislang bewegte sich die Saarfrage in einer Fieberkurve. Optimismus wechselte mit Pessimismus ab.

Vertrag statt vollzogene Tatsache

Es ist nicht zu verkennen, daß das Saarproblem die größeren Interessen Europas gefährdet und droht, die zwei Völker Frankreich und Deutschland mehr zu entzweien als seiner sachlichen Bedeutung entspricht. Vor allem müßte Klarheit geschaffen werden. Es erwies sich als außerordentlich schädlich, daß die Saarfrage nicht durch Verhandlungen aus der Welt geräumt worden war, bevor die Verhandlungen über die größeren Probleme Europas (Schumanplan, Wehrbeitrag) begannen. Der Schumanplan hat in der Tat ein anderes Gesicht, je nachdem ob Frankreich oder die Bundesrepublik die Saar kontrolliert. Man hätte das Schicksal der Saar kennen müssen, bevor man die größeren Abmachungen über das Verhältnis der Bundesrepublik und der europäischen Westmächte abschloß.

Die legitimen wirtschaftlichen Interessen Frankreichs (zusammen mit den politischen und staatsrechtlichen Regelungen, die sie notwendig machen) müssen abgestimmt werden mit den nationalen und sozialen Interessen, die das deutsche Volk an der Saar hat. Ein Vertrag mag schwierig sein, aber ein ausreichend garantierter internationaler Vertrag könnte die berechtigten französischen Interessen besser sichern als fragwürdige politische Experimente im Saargebiet.

Frankreichs ewige Krise

Frankreich wird seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr regiert. Es hat keine wirtschaftliche und soziale Politik mehr. Um eine Regierung zu bilden, braucht man jeweils — mindestens in Form der Duldung — alle demokratischen Parteien, da fast die Hälfte der Abgeordneten den radikalen Flügelparteien (Kommunisten, Gaullisten) zugehört. Diese aber sind in ihren Zielsetzungen zu uneinheitlich, als daß sich im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben je ein klarer und bestimmter Wille zeigen könnte. Die Parteien heben isich jeweils in der Regierung gegenseitig auf, und das „Regieren“ beschränkt sich darauf — zu spät und zu lau —, das schlechthin Unvermeidliche au tun. Die französischen Regierungen sind die Eintagsfliegen unter den europäischen Kabinetten. Nur ganz wenige Ministerien der Dritten Republik haben mehr als ein Jahr regiert.

Das politische Leben Frankreichs war nach 1945 getragen durch die drei großen Parteien, die Volksrepublikaner (MRP), die Sozialisten und die Kommunisten. Von diesen drei Parteien, die den sogenannten Tripartismus trugen, ist nur die kommunistische Partei eine wirklich große Partei geblieben. Durch ihre Beherrschung der Gewerkschaften wurde sie zur französischen Arbeiterpartei, während sich die Sozialisten auf die Kleinbürgerschichten und das intellektuelle Proletariat (Lehrer, kleine Beamte usw.) stützen. Das Experiment des MRP (der christlich-sozialen Partei) ist mißglückt, die Volksrepublikanische Bewegung ist nicht die große bürgerliche konservative Sammelpartei geblieben. Sie schrumpfte zusammen, und an ihrer Flanke erhob sich die autoritäre Bewegung des Generals de Gaulle (das Rassemblement populaire français).

Ohne Sie wäre ich Minister

Bei der jüngsten Regierungs-bildung war nun die Frage nach der Zukunft und den Chancen des Generals de Gaulle erneut gestellt. Der Sozialdemokrat Faure, der in seinem eigenen Namen und ohne aktive Beteiligung seiner Partei die Regierung gebildet hatte, stürzte über der chronischen Finanzkrise Frankreichs. Nun bildete ein Mann der Rechten, Pinay, die Regierung. Dabei kam es zu einer Art Spaltung der Gaullisten. Gegen den Willen des Generals unterstützt eine Gruppe der Abgeordneten des RPF die Regierung. Es ist in der Tat kaum zu übersehen, daß der Gaullismus immer stärker ins parlamentarische Getriebe Frankreichs hineingerissen wird. Zu einem Abgeordneten seiner Partei sagte der General aufbrausend: Ohne mich wären Sie nichts. Worauf dieser antwortete: Doch, ohne Sie wäre ich Minister. Es ist in der

Tat immer eine Belastungsprobe für eine politische Bewegung, wenn sie ihre führenden Leute zu lange daran hindert, Minister zu werden. Der General kämpft noch immer darum, daß seine Partei eine revolutionäre antiparlamentarische Bewegung bleibt. Die Frage ist in der Tat gestellt, ob sie eine parlamentarische Partei wie die anderen werden oder ob sie eine Revolution versuchen wird. Einige Beobachter erinnern allerdings daran, daß auch Hitler kurz vor seiner „Machtergreifung“ den Aufstand derer erlebt hatte, die es nicht erwarten konnten, Minister zu werden.

Aber welche Wege hat der General, um zur Macht zu kommen, den Staatsstreich oder die pseudo-legale „Machtergreifung“, wenn das Parlament inmitten einer großen nationalen Panik (Regierungs- und Finanzkrise) ihm die Vollmachten gibt. Damit das nicht geschieht, muß die Republik sich selbst ermächtigen, d. h. sich selber die Macht und Kraft geben, um wahrhaft zu regieren und um eine echte soziale und wirtschaftliche Politik zu treiben. Die Gegner der Demokratie sind immer genau so stark wie sie selbst schwach ist.

Europas General Amerikas Präsident?

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen rücken näher. Eine große Entscheidung der Weltpolitik wird damit fallen. Wäre es den Menschen gegeben, die letzten Ursachen der Veränderungen in ihrem persönlicheren Schicksal zu erkennen, jeder Mensch in jedem Land müßte im Jahre 1953 sehen, daß die Wahl des amerikanischen Volkes auch in seinen eigenen Lebensbereich ausgestrahlt hat. Die Regierungen, die Sozialpolitiker, die Gewerkschafter, die Wirtschaftler — sie alle werden es zu spüren bekommen, wie die Vereinigten Staaten ihre Wirtschaftsmacht in der Welt einsetzen und wie seihr oder wie wenig sie bereit sein werden, den Völkern der Welt in ihren sozialen und wirtschaftlichen Nöten beizustehen und welchen Völkern sie ihre Hilfe geben wollen, den lateinamerikanischen, den asiatisch-afrikanischen, den europäischen (für alle ist ja der Topf nicht groß genug).

Die Vorwahlen in New Hampshire sind dazu angetan, den Europäer ein wenig optimistisch zu stimmen. Dort haben beim Wahlkampf um die Benennung zum Präsidentschaftskandidaten — zuerst wählen ja die beiden Parteien ihren Kandidaten und dann wählt das Volk aus den beiden Kandidaten den Präsidenten aus — General Eisenhower über T a f t in der republikanischen Partei und K e f a u v e r über T r u m a n in der demokratischen Partei obgesiegt. Man war bisher bereit, Eisenhower sehr wenig Chancen für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat zu geben. Taft

ist ein routinierter Politiker, und er verfügt über einen hervorragend eingespielten Apparat. Dagegen werden die Leute, die Eisenhowers Wahl in den USA betreiben, gerne als politische Dilettanten bezeichnet. Eisenhower hat gegen die beherrschende außenpolitische Stimmung in der republikanischen Partei zu kämpfen. Die Masse der Republikaner will keine allzu engen Bindungen an Europa, wo nach Ansicht des normalen Taftianers der Sozialismus, die Planwirtschaft, die Gewerkschaften und die Verschwendung des Wohlfahrtsstaates regieren. Der Republikaner — und im Grunde die Amerikaner überhaupt — wollen von der großen Weltpolitik nicht viel wissen. Das alte Schlagwort, daß die beste Außenpolitik keine sei, wird von vielen Republikanern in zeitgemäßer Abschwächung noch immer vertreten. Der General Eisenhower muß den gläubigen Republikanern wie eine fünfte Kolonne in ihrer eigenen Partei vorkommen. Sein gegenwärtiges Amt verkörpert gerade die Bindung Amerikas an Europa. Aber es ist offensichtlich, daß den General eine große Welle der Popularität vorwärtsträgt. Es ist zwar noch lange nicht sicher, ob nicht der Routinier Taft doch noch über ihn obsiegen wird. Aber das Prestige Eisenhowers aus dem großen Kriege ist ihm treu geblieben. Das amerikanische Volk ist inmitten all der großen weltpolitischen Krisen zu verängstigt, um nicht nach einer sicheren und verlässlichen Führung zu verlangen. Es scheint fast militärgläubig geworden zu sein. Eisenhower als Präsident aber würde bedeuten, daß keine Revolution in der Weltpolitik der USA erfolgt.

In der Demokratischen Partei hat der Senator Kefauver obgesiegt, der die moralische Säuberung der Nation auf den Schild erhoben und sich die politischen Sporen durch eine sensationelle Untersuchung über die Macht des Gangstertums in den USA erworben hat. Weltpolitisch ist er ein unbeschriebenes Blatt. Er hat nach seiner Wahl in New Hampshire auch erklärt, man solle darin keine Kundgebung gegen den Präsidenten Truman sehen, da er in den meisten Problemen mit Präsident Truman übereinstimme. Kefauvers Wahl würde in der Tat die Fortsetzung der Trumanschen Weltpolitik bedeuten. Nur sind wohl große Teile der Demokraten der Ansicht, daß die Partei einen neuen Mann braucht.

Die Wahl in New Hampshire muß mit einiger Vorsicht beurteilt werden. New Hampshire gehört zu den „historischen Staaten“ der USA, zu dem atlantischen Saum Amerikas, der den angelsächsischen Sauersteig der Vereinigten Staaten darstellt. Aber das Schwergewicht Amerikas liegt heute im Binnenland und im Westen. Eine große Westwanderung ist im Augenblick für die soziale und wirtschaftliche Entwick-

lung Amerikas bestimmend. Mit dieser großen Einschränkung, daß New Hampshire nicht Amerika ist und noch alles möglich ist, können die Vorwahlen aber als ein Zeichen dafür genommen werden, daß eine Revolution der amerikanischen Weltpolitik und die Desertion Amerikas aus einer wirtschaftlichen und sozialen Weltaufgabe nicht sehr wahrscheinlich sind. Großes Aufsehen hat die Erklärung Trumans erregt, daß er seinem Lande lange genug gedient habe und eine neuerliche Aufstellung als Präsidentschaftskandidat nicht annehmen werde.

Kanonen und Lebensstandard

Im amerikanischen Kongreß wird zur Zeit die Europahilfe heftig umkämpft. Mehr als sieben Milliarden werden von der Regierung dafür verlangt. Heftige Widerstände sind im Kongreß zu überwinden. Dabei kommt nicht nur die altbekannte Abneigung des Kongresses, Geld und Steuern zu bewilligen, zur Auswirkung, sondern auch ein steigender Überdruß an der Europapolitik überhaupt. Wir sollen — so ist mannigfach zu hören — Milliarden für die europäische Rüstung bewilligen, Europa aber selbst tut nichts. Die Aufrüstung Europas geht nicht voran; der englische Premierminister erklärt, daß England nicht über eine einzige kampffähige Formation des Landheeres verfüge und daß die englische Luftwaffe völlig rückständig sei. Beim Kampf um die Europaarmee tobe sich Europas nationalistische Engstirnigkeit aus. Frankreich und die Bundesrepublik streiten sich über das Saargebiet, das auf einer Weltkarte überhaupt nicht zu sehen ist, und die gemeinsame europäische Verteidigung, für die Amerika die Kosten bezahlen soll, leidet darunter. In den europäischen Kolonien und Einflußgebieten kriselt es unentwegt, weil den Europäern der Schwung und die Einsicht fehle, neue Wege in der Behandlung der eingeborenen Völker zu beschreiten. Das alles aber zehre an den Kräften der freien Welt. Die ganze Erde aber wisse zum Schluß nur einen Ratschlag: Die Rechnung geht an den amerikanischen Kongreß.

Es ist hier nicht zu erörtern, ob und wie weit dieses Bild verzerrt ist. Es ist nur festzustellen, daß diese Stimmungen da sind und daß sie zu wachsen scheinen. Alle europäische Politik hat mit ihnen zu rechnen, denn der Kongreß hat immerhin schon unter Beweis gestellt, daß Stimmungen ihn mitreißen können.

Militärische statt wirtschaftliche Hilfe

Die Weltlage wird besonders durch das sich stetig verschiebende Verhältnis von wirtschaftlicher und militärischer Hilfe gekennzeichnet. In den Jahren 1946 bis 1950

überwog die ökonomische Hilfe der USA die militärische Hilfe in ausgesprochener Weise. Bis 1950 erreichte die militärische Hilfe für nichtamerikanische Völker insgesamt kaum eine Milliarde Dollar jährlich, während etwa 1948 fast zehn Milliarden an das Ausland aufgewandt wurden. Mitte 1952 war der Betrag für die wirtschaftliche und die militärische Hilfe zum erstenmal gleich. In dem Hilfsprogramm für 1952 überwiegt nun die Aufwendung für militärische Zwecke die ökonomische Unterstützung der Welt um drei Milliarden. In Asien ist der Anteil der militärischen Hilfe in dem gesamten Hilfsprogramm von 15 vH. auf 60 vH. gestiegen. Die Welt scheint in eine neue Eisenzeit eingetreten zu sein.

Amerika meint aber damit seinen Lebensstandard zu verteidigen. Der amerikanische Sonderbotschafter für die Aus-

landshilfe hat beim Verhör vor den Fachausschüssen von Senat und Repräsentantenhaus erklärt, daß die militärische Hilfe der USA für Europa der Verteidigung des amerikanischen Lebensstandards diene. Würde Europa den Sowjets anheimfallen, dann seien auch Kerngebiete Südostasiens bedroht, die für die amerikanische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung wären. Die amerikanische Rüstungslast würde automatisch wachsen, die militärische Anstrengung der USA würde ein Vielfaches von der gegenwärtigen betragen müssen. Dann und nur dann würde der amerikanische Lebensstandard jäh sinken, während heute die Aufwendungen für die Auslandshilfe zu tragen seien, ohne daß eine fühlbare Verschlechterung des amerikanischen Lebens eintrete. Soweit ganz gut, wenn nicht vergessen wird, daß Europa sich auch durch seinen Lebensstandard verteidigt.